

Streit um Gebührenhöhe

Zahlen Eltern 188 Euro pro Ferienwoche?

Landkreis muss ab Oktober ein Ganztagsangebot machen, aber die Gebührenhöhe ist politisch umstritten

Landkreis Osterholz. Kurz vor dem Ende ihrer langen Amtszeit hat Heike Schumacher im Jugendhilfeausschuss noch einmal kräftig Gegenwind zu spüren bekommen. Die Ausschussmitglieder zerpflückten den Entwurf einer Gebührensatzung, die Schumacher ihnen vorgelegt hatte – genauer: die sie ihnen hatte vorlegen müssen. Bund und Land führen, ab dem ersten Jahrgang aufsteigend, im August den Ganztagsanspruch für Grundschüler ein. Und die Kreise als Jugendhilfeträger müssen dann dafür sorgen, dass es auch in acht Schulferienwochen jährlich ein Ganztagsangebot gibt. Weil die Kreise aber keinen Cent dafür erstattet bekommen, ist nun ein Streit um die Gebührenhöhe und die Frage entbrannt, wie hoch der Kostendeckungsgrad aus den Elternbeiträgen sein soll. Oder andersherum: wie viel der Landkreis aus Eigenmitteln, also letztlich Steuergeldern, zuschießen soll. Schumachers Entwurf erschien allen Ausschussmitgliedern als zu teuer und damit unattraktiv. Am Ende vertagten sie die Entscheidung einstimmig und überließen sie dem Kreistag, der am Donnerstag, 19. März, ab 14.30 Uhr tagen wird – und der Schumacher 90 Minuten später dann in den Ruhestand verabschieden soll.

Worum geht es?

Der Landkreis plant, [wie berichtet](#), zentrale Betreuungsgruppen zunächst für die Erstklässler in Osterholz-Scharmbeck, Lilienthal und Schwanewede – mit maximal 20 Kindern je Standort, montags bis freitags von 8 bis 16 Uhr. Das Angebot soll erstmalig am 12. Oktober starten und wochenweise im Voraus verbindlich buchbar sein. Geplant sind dann jeweils zwei Wochen in den Herbst- und Osterferien sowie stets die ersten vier vollen Wochen der Sommerferien. Stein des Anstoßes ist die aus Sicht des Ausschusses wenig transparente Kostenkalkulation, die Schumacher den Abgeordneten nun zunächst genauer aufschlüsseln soll. Nachdem es vor vier Monaten geheißen hatte, die Betreuung könnte je nach Einkommen für 41 bis 70 Euro pro Kind und Woche zu haben sein, steht nun ein Mittelwert von 148 Euro im Raum – jedenfalls dann, wenn die Eltern Durchschnittsverdiener sind und alle Nutzer zusammen 50 Prozent der entstehenden Kosten aufbringen sollen, wie es von der Verwaltung mit Blick auf den Kreishaushalt favorisiert wird. Bei 40 Prozent Deckungsquote wären es im Schnitt noch immer 119 Euro pro Kind und Woche und bei 30 Prozent 89 Euro.

Was ist mit dem Mittagessen?

Die Verpflegung kostet auf jeden Fall extra und gehört stets fest zur Buchung. Der Landkreis ist froh, einen Caterer fürs Mittagessen an der Hand zu haben. Nun kalkuliert die Behörde mit 40 Euro pro Woche – davon entfallen knapp drei Fünftel aufs Mittagessen, der Rest ist für Getränke, Snacks und Obst sowie gelegentlich ein Eis vorgesehen. Sowohl hinter diesen Essenskosten als auch dem gesamten Projektaufwand von angeblich 176.000 Euro fürs gesamte kommende Schuljahr machte die Ausschussvorsitzende Brigitte Neuner-Krämer von den Grünen jetzt ein dickes Fragezeichen. Den Nachweis, dass jegliche Spielräume fehlen, den Eltern weniger abzuverlangen, habe die Kreisverwaltung nicht erbracht. "Wir sollten das transparenter handhaben und müssen ehrlich darüber diskutieren", forderte sie und bezog das gleichermaßen auf Einnahmeerwartung und Ausgabenprognose.

Was beantragen die Grünen?

Neuner-Krämers Vorschlag lautet, niedrigere Einkommensgruppen, die ohnehin schon weniger zahlen sollen, weiter zu entlasten. Besserverdiener sollten stattdessen noch mehr zur Kasse gebeten werden. Die Sozialstaffelung gegen Einkommensnachweis wie bei den Krippengebühren müsse insgesamt auch unbürokratischer gestaltet werden, damit nicht so viele Unterlagen vorzulegen und zu prüfen sind. Leistungsbezieher sind zwar so oder so kostenfrei, dennoch müsse bei den Betreuungskosten auch an die soziale Teilhabe gedacht werden. In Zahlen: Geringverdiener zahlen im 30-Prozent-Modell mindestens 67 Euro pro Kind und Woche, bei einer 50-Prozent-Quote geht es ab 112 Euro los.

Was sagen die Ausschussmitglieder?

Reinhard Seekamp (Linke), Silke Paar (CDU) und Stefan Böttjer (SPD) stimmten der Grünen-Abgeordneten in allen Punkten zu. Der Linkspolitiker teilte kräftig gegen die Entscheidungsträger in Berlin und Hannover aus, die beim Ganztagsanspruch mal wieder die Kreise im Regen stehen ließen. Heraus kämen Gebühren in einer exklusiven Höhe, die von einer Nutzung abschrecken. Das sei keine Option und führe nicht zu einer besseren Vereinbarkeit von Familie und Beruf, so Seekamp. Auch Silke Paar sagte, sie halte eine Summe von 564 Euro für drei Wochen für zu teuer – selbst wenn man das aus Elternsicht eingesparte Mittagessen dagegenhalte. Wenn man mit geringeren Gebühren starte, rechne sich das Angebot durch die größere Nachfrage für den Kreis womöglich eher. Böttjer sprach angesichts der Kreisfinanzen von einem Dilemma.

RichterIn Inken Tittel sagte als beratendes Ausschussmitglied, Hamburg bekomme solch ein Angebot für nicht mal die Hälfte hin, doch Lebenshilfe-Geschäftsführer Olaf Bargemann warnte vor Quervergleichen. Ein entscheidender Punkt seien stets die Personalkosten, die nicht selten den entscheidenden Unterschied ausmachen. Der Landkreis solle auch die Verschuldung nicht auf die leichte Schulter nehmen.

Wie geht es nun weiter?

Um Mitte Oktober starten zu können, brauche der Landkreis eigentlich finale Anmeldezahlen bis 1. April, drängte Heike Schumacher. Um das Angebot publik zu machen, könne allenfalls bis 30. April gewartet werden. Andernfalls aber bleibe nicht genügend Zeit, um bedarfsgerecht für Räume und Personal zu sorgen. "Es ist für uns alle Neuland, wir können auch nachsteuern", warb die scheidende Kreisträtin.

Der Landkreis habe für die Ausgestaltung lange und vergeblich auf Hilfen und Vorgaben aus Hannover gewartet. Für die Oster- und Sommerferien des Folgejahres sollen sich die anspruchsberechtigten Eltern der Grundschüler künftig stets bis 1. November melden. Die Familien müssten eben eine Kosten-Nutzen-Rechnung anstellen, ob es ihnen die Sache wert ist, die Ferienbetreuung nicht mehr selbst organisieren zu müssen. Ob die Verwaltung ihrerseits den Abgeordneten bis zur nächsten Kreistagssitzung niedrigere Gebühren vorschlägt oder ihnen lediglich nicht-öffentlich die Kalkulationsgrundlagen erläutert, ist bis 19. März nun offen.

Bernhard Komesker

[Zahlen Eltern 188 Euro pro Ferienwoche?](#)